

Volljährig	8 fl. 40 fr.
Halbjährig	4 „ 20 „
Vierteljährig	2 „ 10 „
Monatlich	— „ 70 „

Volljährig	11 fl. — fr.
Halbjährig	5 „ 50 „
Vierteljährig	2 „ 75 „

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 6 fr.

Tagblatt.

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Kleimayr & S. Bamberg).

Für die einspaltige Petitzeile 3 fr. bei zweimaliger Einschaltung à 5 fr. dreimal à 7 fr. Inserationsstempel jedesmal 30 fr. Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonime Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 272.

Montag, 27. November 1871. — Morgen: Sophocles.

4. Jahrgang.

Die Landtagsauflösung.

Mit der Berufung des Fürsten Auerberg zur Kabinettsbildung ist endlich auch die Frage der illegalen Landtage in Fluß gerathen und die von den Slovenen so gefürchtete Auflösung des kraner Landtages Thatsache geworden. Man erinnert sich, wie der letzte kraner Landtag unter dem Hochdruck der Regierung und der klerikalen Agitation zu Stande gekommen, wie die Majorität desselben zu wiederholtenmalen in läppischer Nachsicht der Czechen die Dezemberverfassung, auf deren Grundlage sie doch tagte, als nicht zu Recht bestehend erklärte und die Reichsrathswahlen nur unter Vorbehalt vornahm, und wie sie selbst und ihre Delegirten zum Reichsrath ihr möglichstes thaten, die Grundrechte des Volkes zu schützen, die Volksbildung zu heben und durch Sprachenzwangsgesetze auf das von Jesuiten und Unfehlbarkeitsglaubigen beliebte Niveau zurückzuschrauben. Wir alle haben es noch im Gedächtniß, wie die Wortführer dieser Partei sich förmlich überboten im Wüthen gegen die Staatsgrundgesetze, namentlich als sie an maßgebender Stelle Aufmunterung oder doch kein Hemmnis zu sehen glaubten. Beweis dessen, daß die nationalen Heißsporne endlich sogar einem Ministerium Hohenwart zu toll ins Zeug zu gehen schienen und daselbe die unlängst mitgetheilte Rüge an den reaktionären Landesauschuß ergoßen ließ, in welcher das Befremden der Regierung über die in der letzten Landtagsession stattgefundenen Gesetzesverletzungen und sonderbaren Tagesordnungen unverhohlen ausgesprochen wurde.

Weil die Herren die Verfassung bei jeder Gelegenheit verunglimpften, weil sie dieselbe nicht ehrlich und ernstlich wollten, glaubten sie auch ihre

Grundbestimmungen ungeschont verletzen zu dürfen. Als erst gar die Czechen Gesamtösterreich nach ihrem Fundamental-Bloßsinn unter der Regide Hohenwarts ummodellern wollten, da gab es im ganzen Reiche keine eifrigeren Befürworter dieses nationalen Mummenschanzes, als unsere Slovenen. Sie konnten sich selbst nicht mehr fassen vor lauter Entzücken. Mit einer Hast sondergleichen wurde die Zustimmung zu dem königlichen Reskript und zur Fundamentalpolitik erklärt und in einer Adresse an die Krone um die Erbhuldigung förmlich gebettelt. Schien doch die Herrschaft des Jesuitenheutes im gottgeweihten Lande Krain durch die in Aussicht gestellte Souveränität des Landtages für alle Zeiten gesichert. Desto herber trifft sie nun die Enttäuschung. Um den Reichsrath noch vor Ablauf des Jahres zusammenzurufen, ist die unverweilte Ausweisung von Neuwahlen nötig. In ihrem Lager wird darum auch diese Eventualität ins Auge gefaßt und die Vorbereitungen darnach getroffen. Sie geben sich zwar den Anschein, als ob sie noch immer sattelfest säßen; aber der Zorn, womit ihre Organe schon die Ausweisung der direkten Reichsrathswahlen in Böhmen hingenommen, beweist deutlich die Angst, welche die Herren trotz ihrer katholisch-politischen Vereine vor den Neuwahlen haben.

Und wahrhaftig, wenn je eine Partei ihr Ansehen vor dem Volke unheilbar geschädigt, so ist es die bisherige national-klerikale Majorität im kraner Landtage. Sie, welche nicht müde ward, die Verfassungspartei als „schmächtig abgewirrhastet“ zu verhöhnen, hatte durch die Gunst der Umstände und der Regierung Jahre hindurch die Herrschaft im Lande. Sie trieb durch ihr gewaltthätiges Vorgehen sogar das Häuflein Verfassungstreue zur Landstube

hinaus und konnte nun eine Session hindurch in voller Machtfülle schalten und walten. Was hat die Partei nun zur Förderung des Landeswohls gethan? Sie verstümmelte die Grundrechte des Volkes, wo sie nur konnte, durch Einführung des politischen Ehelonsenses und durch Sprachenzwang, verletzte die Gleichberechtigung und machte sich durch ihre vorläufige Zustimmung zur czechischen Fundamentalpolitik und durch ihre Adresse vor der ganzen zivilisirten Welt unsterblich lächerlich. Ihr verfassungswidriges Gebahren zog ihr sogar eine Rüge vom nichts weniger als verfassungstreuen Ministerium Hohenwart zu. Unheilbar schädigten sie das Land durch ihre Unterlassungen und reaktionären Bestimmungen in Sachen des öffentlichen Unterrichts. Das Volksschulgesetz liegt noch immer im Aktenstabe der Landstube, dafür wurde der Schule ihr Lebenselement verkümmert, die Möglichkeit, zu höherer Kultur vorzuschreiten, den Bewohnern des Landes benommen, ja selbst das Gedeihen der Mittelschulen durch Einführung des utraquistischen Unterrichtes für lange hinaus in Frage gestellt. Zämmerlicher, kulturfeindlicher hat nie noch eine politische Partei in so wenig Wochen gewirrhastet, als die Partei der Landtagsmajorität. Das Volk fragt sich ärgerlich: „Was haben unsere Vertreter für uns gethan? Wo sind die glänzenden Versprechungen, die sie uns gemacht? Wo die Steuerermäßigungen, die Hebung der Landeskultur und des Volkswohls, die sie uns verheißen? Statt alles dessen haben sie uns die Bundesgenossenschaft der reichs- und kulturfeindlichen Czechen und Feudalen gebracht, eine Politik befürwortet, die nur den Zerfall des Reiches nach sich ziehen und uns höchstens den Beifall Kossuth's einzutragen vermag. Eine saubere Bundesgenossenschaft das! Eine sau-

Fenilleton.

Die Freiheit des menschlichen Willens.

Von J. C. Fischer.

Harmlos glossirt von Richard Kronegger.

Herr Hannibal Fischer, der die berühmte deutsche Flotte verauktionirte, hatte dafür bis an sein seliges Ende viel böse Nachrede zu leiden; ein Namensbruder desselben, Herr J. C. Fischer, der — kurze Zeit nach diesem historisch-romantisch-reaktionären Auktionationsakte — in seinem Buche: „Die Freiheit des menschlichen Willens und die Einheit der Naturgesetze“ den gesunden Menschenverstand unter den Hammer brachte, d. h. todtschlug, indem er die Freiheit des menschlichen Willens sowohl im Leben des Einzelnen als in dem der Gesamtheit bestritt oder vielmehr rundweg absprach und alles physische, psychische Leben auf Naturnothwendigkeiten einschnitzeln will, ist weit besser weggekommen, denn obwohl seine gloriose Schrift bei ihrem Erscheinen einige Anfechtungen erlitt, so erschien dieselbe doch gegenwärtig in einer zweiten, umgearbeiteten, mit ganz neuen, wunderbaren Forschungen bereicherten Auflage bei Otto Wiegand in Leipzig und wurde, wie ein Geistesverwandter des spekulativen, den in Deutschland

nicht mehr ungewöhnlichen Namen „Fischer“ tragenden Philosophen versichert, mit lebhafter Zustimmung begrüßt.

Ich enthalte mich, aus dieser lebhaften Zustimmung einerseits und aus der Mißstimmung andererseits, welche das zu oberst erwähnte Faktum in dem Vaterlande der beiden Fischer hervorgerufen, gewisse Schlüsse zu ziehen, will ich doch weder so ungalant sein, den Ausspruch der blaustrümpfigen Madame von Stael-Holstein — nach welchem Deutschland das Vaterland des Gedankens ist — zu dementiren, noch so gewissenlos und unpolitisch, eines ohne Verstand geschriebenen Buches wegen einen neuen Weltbrand zu entzünden. Mein harmloser Krieg gegen den außergewöhnlichen Herrn Philosophen mit dem nicht ungewöhnlichen Namen soll ein „lokalisirter“ bleiben, wie es in der neuesten Weltgeschichte heißt, wenn die Territorien der Kriegführenden nicht viel über 20.000 Quadratkilometer umfassen.

Ich will nicht behaupten, daß es etwas sehr Ständhaftes oder Unerlaubtes sei, ein Buch ohne Verstand zu schreiben, die tägliche Erfahrung zeigt uns ja, daß auch die wichtigsten Geschäfte in der menschlichen Gesellschaft, und selbst die größten Staatsaktionen ohne Verstand verrichtet und unternommen werden; das historische Wort Ogenstierna's: „Mein Sohn, Du weißt nicht, mit wie wenig Verstand die

Welt regiert wird!“ — und der Ausspruch des weisen Salomo, daß der Unverstand unter den Gewaltigen sehr gemein sei, bekräftigen zur Genüge diese meine Anschauung.

Wenn aber die Wirkungen des menschlichen Unverstandes schon so weit um sich greifen, daß — wie jüngst geschah — die einzige, schöne, reiche, noch nicht ganz 17jährige Tochter eines angesehenen Mannes von brillanter Stellung sich darüber entfegen und unter der schriftlich hinterlassenen Motivirung: „Die Welt sei ihr zu dumm“, Zyanalkali nehmen konnte, dann ist es wirklich kein freier Wille, sondern gebieterische Naturnothwendigkeit, gegen die überhandnehmende Dummheit einzuschreiten, damit das dornenbesäete Leben nicht noch mehr deslorirt werde. Ans Werk also.

„Nach ewigen, ehernen,
Großen Gesetzen
Müssen wir alle
Unseres Daseins
Kreise vollenden.“

Mit diesem langgezogenen Posaunenstoße eröffnet Herr J. C. Fischer seinen zweiten verbesserten Feldzug gegen die Freiheit des menschlichen Willens im Einzelnen wie im Ganzen. Lassen wir uns aber durch diese ehernen, jeden Widerspruch ablehnende Einleitung nicht abschrecken, die Resultate der tiefen Forschungen, die Herr Fischer aus dem Ozeane

bere Politik, eine schöne Wahrung der Landesinteressen die des Herrn Costa, der nach Prag pilgert und mit Pfaffen und czechischen Junkern um die Wette auf die Liberalen, die Schulgesetze und die Zivilehe schimpft und die Verschwörung gegen die Volksfreiheit zetteln hilft.

Wenn die Verfassungspartei in Krain jetzt auf der Höhe der Zeit stünde, ihre Aufgabe erfaßte und aus ihrer mehrjährigen Lethargie erwachen wollte, unter das Volk hinausträte, alle die günstigen Umstände, die nicht so bald wiederkehren dürften, geschickt benützte, insbesondere die ländlichen Wähler aufmerksam machen würde auf die Gefahren, welche der Bund ihrer bisherigen Vertreter mit den Feinden der Volksfreiheit und Reichseinheit für das Land nach sich ziehen muß, so ist es gewiß nicht zu gewagt, wenn man eine Erstarkung ihrer Partei aus den Neuwahlen vorherzusagen wollte. Aber wie wir die Verhältnisse aus Erfahrung kennen, ist leider nur geringe Aussicht, daß unsere Parteigenossen im ganzen Lande sich ermannen und die kostbaren Lehren der jüngsten Vergangenheit sich zu Nutzen machen werden. Es wäre doch ein leichtes, sollte man meinen, den gesunden Kern des Volkes davon zu überzeugen, daß sein Heil unmöglich von Vertretern gewahrt werden könne, die im Forthasten auf der einmal betretenen Bahn kein Bedenken tragen, Katastrophen herbeizuzerren, die dem Lande unheilbare Wunden schlagen müssen. Die Majorität des aufgelösten Landtages hat feierlich ihre Solidarität mit den czechischen Reichsfeinden erklärt, sie hat ihre Bevollmächtigten auf den famosen Föderalistentag nach Prag entsandt, wo förmlich darüber verhandelt wurde, auf welche Weise man den letzten Trumpf ausspielen, den Raßenkampf an den Ufern der Donau und der Save entzünden, alle Slavenstämme in den Marken des Reiches gegen Deutsche und Magyaren hegen könne. Nicht das mindeste Schamgefühl hielt die slovenischen Delegierten ab, dieser Politik des Raßenkampfes ihre Zustimmung zu erteilen. Die jüngst noch so hyperlokalen Herren, die sich in den Landtagsreden damit brüsteten, daß sie dem Throne näher ständen, als wir anderen Sterblichen, tragen nunmehr, da man ihrer Herrschsucht nicht geföhnt, kein Bedenken, das Reich in die größten Gefahren zu stürzen, um in der allgemeinen Zerrüttung wieder auf die Oberfläche zu gelangen. Wie lange noch soll das arme bethörte Volk sich dazu hergeben, einem so frevelhaften Spiele zur Folie zu dienen?

seiner Weisheit herausgefißt hat, mit kritischem Auge zu betrachten. Wir brauchen uns deshalb nicht durch die Lektüre jenes Buches eine Leberverhärtung zuzuziehen, denn eines unserer vornehmsten Blätter hat erst vor kurzem mit sorgfältiger und glücklicher Auswahl ein Bouquet der schönsten Weisheitsblüten aus demselben gesammelt und in seinem von Zeit zu Zeit erscheinenden „literarischen Anzeiger“ zur allgemeinen Bewunderung niedergelegt.

Wir lesen also: „daß der „freie Wille“ im Zusammenhange mit der Gesetzmäßigkeit des Lebens etwas Unmögliches, ja rein Undenkbares sei, und daß der Mensch nicht die Fähigkeit besitze, nach welcher er selbstbestimmend seine Handlungen leiten könne.“ — Ach, erleuchteter Herr Fischer, nun fällt es mir wie Schuppen von meinem geistigen Auge, nun erkenne ich erst klar, was ich niemals recht ergründet konnte: warum mir mein Lebtag alles fehlgegangen, warum sich mein Schicksal, statt in aufsteigender, in absteigender Linie bewegt! — Natürlich, weil der Wille nicht frei ist. Wäre mein Wille frei, nämlich nach Ihrer Philosophie, Herr Fischer, so müßte sich auch als Naturnothwendigkeit die Hundertpfundnote, die ich jeden Tag haben will, in meiner Tasche finden, und statt mich in armseliger, geistiger Tagelöhnerschaft um des bloßen trockenen Brotes willen abzuquälen, säße ich schon längst als wohlgenährter

Politische Rundschau.

Laibach, 27. November.

Inland. Die gestrige „Wiener Zeitung“ bringt ein Handschreiben Sr. Majestät des Kaisers und ein kaiserliches Patent. Drei von den ersteren entheben die Minister Scholl und Grocholski in Gnade ihrer bisherigen Dienstleistung, den Minister Holzgethan vom provisorischen Präsidium, wobei er gleichzeitig mit der interimistischen Fortführung des Finanzministeriums betraut wird; die anderen kaiserlichen Handschreiben setzen das neue Ministerium in Amt und Würde ein. Für das Ministerium der Landesverteidigung wird der Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg die Verantwortlichkeit, die sachliche Leitung jedoch der Landwehrobrist Ritter v. Harst übernehmen. Statt des ausgetretenen Ministers ohne Portefeuille Grocholski wird Graf Ludwig Wodzicki zu gewinnen gesucht. Demnach hat dieselbe „Wiener Zeitung“, die unlängst noch wegwerfend von einer „sogenannten Verfassungspartei“ sprach und damit den Schmähungen unserer Gegner den offiziellen Stempel verlieh, nunmehr gleichsam als einen Akt der Sühne und Gerechtigkeit die kaiserlichen Handschreiben veröffentlicht, welche sieben ausgezeichnete Mitglieder derselben vielgeschmähten Verfassungspartei in den Rath der Krone berufen, um den Schutt und die Trümmer wegzuräumen, welche die Hohenwart'sche Periode zurückgelassen. Die erste That des verfassungstreuen Ministeriums ist darum auch die Auflösung von fünf Landtagen, von Mähren, Oberösterreich und Krain, die als illegal erkannt sind, und der Landtage von der Bukowina und Vorarlberg, die in ihren Majoritätsverhältnissen durch verwerfliche PreSSIONsmittel gefälscht wurden, und die Einberufung der neugewählten Landtage auf den 18. Dezember.

Wir haben also wieder ein parlamentarisches Ministerium, denn Fürst Auersperg und Unger sind Mitglieder des Herrenhauses, Glaser und Stremaier gewählte Reichsrathsmglieder, Vanhans Mitglied des böhmischen Landtages mit der sicheren Aussicht, bei den direkten Wahlen in den Reichsrath zu kommen, Lasser und Chlumetzky gehören zwar vorläufig keinem Vertretungskörper an, haben jedoch seit dem Beginne der konstitutionellen Ära im Parlamente gewirkt und haben jetzt auch alle Aussicht, bei den bevorstehenden Wahlen in Oberösterreich und Mähren gewählt zu werden. Fügen wir hinzu, was als zuverlässig versichert wird, daß die Mitglieder dieses Ministeriums sich in vollster Uebereinstimmung unter einander befinden, daß sie mit festem Sinn aus

Werf gehen, und es erübrigt nur, daß sie ihren Vorsätzen treu bleiben.

„Besti Naplo“ konstatirt in einem Leitartikel freudig, daß die „nationale Verfassungspartei“ Kroatiens, wie sich die Unionsfreunde jetzt nennen, ihre Organisation vollzogen hat. Was die verschiedenen Kombinationen und Gerüchte über stattfindende Verhandlungen anbelangt, so seien sämtliche mit Vorsicht aufzunehmen; richtig scheint nur die eine Meldung, daß vor wenigen Wochen, als Konhaj noch gemeinsamer Finanzminister war, Besprechungen mit demselben und einigen Vertrauensmännern der Nationalpartei stattgefunden hätten; die Minister-Präsidenschaft Konhaj's hat eben damals schon ihren Schatten vorausgeworfen. Zweck dieser Besprechungen war, den gegenseitigen Standpunkt genau kennen zu lernen. Gerüchtwiese verlautet, Konhaj habe die kroatischen „Nationalen“ aufgefordert, ihm ein detaillirtes Programm zukommen zu lassen. Ein solches Programm ist jedoch bisher nicht überreicht worden. „Naplo“ schließt seinen Artikel damit, daß er die Kroaten darauf aufmerksam macht, daß der Föderalismus macht- und kraftlos bleiben müsse, wenn er nicht von oben, von Seite einer Regierung Unterstützung findet. Die heutige Strömung sei nicht danach, auf den Sieg des Föderalismus zu hoffen. Nur wenn die Kroaten sich auf den Boden des Gesetzes stellen und der Regierung wie im Landtage mit diskutirbaren Anträgen kommen, dürfte eine Verständigung möglich werden.

Ausland. Die bedeutungsvolle Rede, mit welcher der bairische Staatsminister v. Lutz im deutschen Reichstage die bekannten Geistlichkeits-Paragrafen begründet hat, macht in allen politischen Kreisen gerechtes Aufsehen. Die Rede ist sehr maßvoll gehalten, und erscheint sogar als zu maßvoll, wenn man bedenkt, welche Erfahrungen die deutschen Regierungen bei den letzten Wahlen über die Haltung der Geistlichen gemacht haben. Besonders beachtenswerth erscheinen uns die Schlußstellen der Rede. Staatsminister v. Lutz sagt mit Recht, daß der von ihm empfohlene Gesetzesentwurf wohl ein Bollwerk gegen den fanatischen Episkopat sein wird, aber andererseits der niederen Geistlichkeit, welcher das Treiben ihrer Oberen „bis ins Herz hinein zuwider ist“, einen Schutz gewähren wird. Jene Geistlichen im deutschen Reiche, welche fürder mit dem Staate halten wollen, und deshalb nur mit Widerstreben den staatsfeindlichen Tendenzen ihrer Bischöfe dienen, werden nun durch den Hinweis auf die ihnen drohende strafgerichtliche Verfolgung manche Zumuthung von sich abwehren können.

Verwaltungsrath im behaglichen Lantienenschoße von ein paar Duzend unserer ergiebigsten Banken, Bahnen und anderer Aktiengesellschaften.

Aber sehen Sie, lieber Herr Fischer, wenn ich auch recht gerne zugeben will, daß Sie Ihr berühmtes Buch nicht aus freiem Willen — den Sie ja für rein undenkbar erklären — sondern nur aus der Naturnothwendigkeit eines ganz apart organisirten Gehirnes geschrieben, würden Sie es wohl als Naturnothwendigkeit erklären und entschuldigen, wenn Ihnen jemand — etwa aus Dankbarkeit für Ihr erbauliches Werk — einige jener ominösen Süßfrüchte, die auf keinem Baume oder Strauche wachsen und nach der Taxation unseres Strafgesetzes mit 5 fl. pr. Stück bewerthet sind, verabreichen würde?

Würden Sie diesem Menschen die Fähigkeit zur Selbstbestimmung seiner Handlungen auch so unbedingt absprechen?

Und warum werfen Sie denn, verehrtester Herr Seneca-Fischer, Willen und Handlungen in einen Topf? Ich denke, die Kluft zwischen beiden wäre groß genug, um auch von sehr Kurzsichtigen bemerkt werden zu können. Wenn die Handlungen so frei wären, als es der Wille an und für sich sein kann, dann, verehrungswürdigster Herr Philosoph, würden Sie auch nicht den plebejischen Namen

„Fischer“ führen, sondern vielleicht „Jupiter“, „Brahma“, „Biglipuzli“, oder was weiß ich wie, heißen; denn wir wären ja dann durchwegs Götter und Göttinnen. Es müßte freilich ein lustiges Leben sein. Aber Ihr berühmtes Buch hätte da nicht erscheinen können, weil es unter Göttern keine Naturnothwendigkeiten gibt, sondern lauter freien Willen.

Der menschliche Wille entspringt allerdings zuweilen aus Naturnothwendigkeiten. Das haben wir aber auch ohne Herrn Fischer schon gewußt. Ich könnte z. B. jetzt schon meine Kritik schließen und „Guten Morgen, Herr Fischer!“ sagen; da ich aber Langweile habe, so resultirt hieraus für mich die Naturnothwendigkeit, dieselbe zu vertreiben, und dazu ist Ihre interessante Schrift vorzüglich geeignet. Lesen wir weiter.

Als ein Beispiel für die Gebundenheit des großen geschichtlichen Lebens führt Herr Fischer folgendes an: „Carey stellt folgendes Gesetz der Ansiedlung auf: Die Ansiedlungen folgen dem Lauf der Flüsse, nehmen aber in allen Fällen das höhere Land in Besitz und überlassen das Ausroden der Wälder und das Trockenlegen der Sümpfe ihren Nachfolgern.“

(Schluß folgt.)

In Brüssel hat die Erbitterung der Völker gegen das Ministerium nicht abgenommen und sich sogar noch bedeutend verstärkt. Die liberalen Abgeordneten setzten in der Kammer einen heftigen Kampf gegen die klerikale Partei, und die Volksmassen gehen dem frommen Gesindel, das die Herrschaft des Landes nur deshalb antrat, um sich zu bereichern, auf der Straße zu Leibe. Der Bürgermeister hat dem Staatsminister geradeaus ins Gesicht gesagt, daß alle ehrlichen Leute das Ministerium verachten, und der Staatsminister hat diese Beleidigung in richtiger Selbsterkenntnis ruhig eingestekt. Ein Telegramm meldet, daß die Minister nicht zurücktreten wollen und bereit sind, es aufs Neue zu antworten zu lassen. Die Herren haben Truppen aus Antwerpen zur Wiederherstellung der Ordnung requirirt. Wenn also der König nicht einen raschen Entschluß faßt, so werden wir es erleben, daß in den Straßen Brüssels auf Befehl der klerikalen Partei Bürgerblut vergossen wird.

Nachrichten aus Versailles melden, daß Thiers die Absicht hat, der Nationalversammlung bei ihrem Wiederzusammentritte ein Projekt vorzulegen, welches den gegenwärtigen Zustand der Dinge kräftigen soll. Dieses Projekt würde folgendes verlangen: 1. Präsidentschaft auf Lebenszeit für Herrn Thiers; 2. Erneuerung der Versammlung per Fünftel; 3. Gründung einer zweiten Kammer. Letzteren Punkt würde man vielleicht fallen lassen, auf den ersteren aber fest bestehen. Die Royalisten sind äußerst aufgebracht über den Präsidenten der Republik. Sie belegen ihn, natürlich nur im geheimen, mit noch stärkeren Schimpfnamen, als es je die Kommunisten gethan, werfen ihm vor, keinen andern Zweck zu verfolgen, als sich an der Gewalt zu erhalten, und lieber eine neue Revolution zu wagen, als gutwillig abzutreten. Diese Wuth der Royalisten ist übrigens leicht erklärlich. Sie befürchten, daß, wenn sie noch länger zögern, es später ganz unmöglich sein wird, die Monarchie wieder herzustellen. Sie verbergen sich nicht, daß ihre Umtriebe sehr leicht Gambetta an's Ruder bringen können, aber sie ziehen es vor — und sie gestehen es offen ein — daß ein radikales Regiment, das Frankreich später doch satt werden muß, an's Ruder kommt, als daß es den Bestrebungen des Herrn Thiers gelingt, die Republik in gutes Ansehen zu bringen.

Sämmtliche italienische Blätter beschäftigen sich wie auf Kommando mit dem Artikel des „Journal de Debats“ über die vom Herrn Thiers dem Papste ertheilte Antwort betreffs dessen angeblichen Ansuchens, ein Asyl in Frankreich zu finden. Namentlich mißfällt ihnen, daß Herr Thiers dem Papste das Schloß Pau zur Residenz mit den Worten angetragen habe, daß „er dort vollständig frei sein werde.“ Einmüthig werfen alle Journale die Frage auf, was denn Herr Thiers mit diesen Worten eigentlich gemeint habe, und fragen, ob der Papst in Pau werde französische Bischöfe ernennen können ohne Zustimmung der Regierung, oder ob er dort in einer Enghyllis werde gewisse Regierungshandlungen oder Gesetze verdammen können, wie er dies ungehindert vom Vatikan aus gegen die italienische Regierung thue? Sie beantworten sich diese Frage dahin, daß Herr Thiers dem Papste diese Freiheit nicht zugestehen könne, der Papst also beim Verändern seines Regierungsbefehles nichts gewinnen, daher am besten thun würde, in Italien und in Rom zu bleiben, wo er gewiß freier als in Frankreich sein werde.

Aus Rom schreibt man der „Allg. A. Ztg.“: „Wie wir aus guter Quelle erfahren, wird in der Thronrede, welche bei Eröffnung des Parlaments am 27. d. M. gehalten werden wird, vor allem gesagt werden: daß nun Rom die Hauptstadt Italiens sei und daß die Regierung den festen Willen habe, alles zu versuchen, um eine Versöhnung mit dem heiligen Stuhl herbeizuführen; jedoch unter der ausdrücklichen Betonung: daß diese Anstrengungen die Schranken, welche die Würde und das Wohl der

Nation verletzen könnten, nicht überschreiten werden. Weiterhin wird sich die Thronrede über den Finanzzustand und über die zu ergreifenden Verbesserungs-mittel und schließlich über die eingetretenen Militär- und Verwaltungsreformen verbreiten.“

In den spanischen Kortes ist seit der September-Revolution 1868 die Abtretung Gibraltars von Seite Englands schon wiederholt zur Sprache gekommen. Gibraltar hat seit der Einführung der neuen Gesetze seine alte strategische Bedeutung größtentheils verloren; es hat für England hauptsächlich nur noch dadurch Werth, daß es als großes Asyl für den Schmuggel nach Spanien dient. Ob jetzt unter König Amadeus, der sich hauptsächlich durch Englands Zureden bestimmen ließ, die spanische Krone anzunehmen, die Aussichten für die Abtretung Gibraltars, die dem spanischen Stolz eine große Genugthuung wäre, günstiger sind, als seither, muß man abwarten. Ein spanischer Schriftsteller in Malaga, Senor Antonio Fernandez y Garzia, hatte vor kurzem folgendes Schreiben an den Premier-Minister Gladstone gerichtet: „Geehrter Herr! Mehrere spanische Korporationen beabsichtigen, der erlauchten englischen Regierung eine Denkschrift zu übersenden, worin dieselbe ersucht wird, einen Modus der Wiederabtretung der Festung Gibraltar an Spanien, wie solcher sich mit der Ehre und der erhabenen Stellung beider Länder vertragen würde, in Erwägung zu ziehen. Ich bitte Sie daher, mir mitzutheilen, ob diese Regierung den Empfang und die Erwägung eines solchen Dokuments gestatten wird.“ Darauf ist folgende Erwiderung ergangen: „An Don Antonio Fernandez y Garzia. — London, 10. November 1871. Mein Herr! Herr Gladstone beauftragt mich, den Empfang Ihres Briefes vom 23. Oktober zu bestätigen. Derselbe ist dem Staatssekretär vorgelegt worden, der mit vielem Vergnügen die Gesuche entgegennehmen wird, die ihm mit Bezug auf die Abtretung Gibraltars zugehen werden mögen. Ihr ergebenster Diener J. B. Gordon.“

Vokal- und Provinzial-Angelegenheiten. Vokal-Chronik.

— (Neue Landtagswahlen.) Auf Grundlage des Allerhöchsten Patentbeschlusses vom 25. November 1871 werden für den Landtag des Herzogthums Krain in Gemäßheit der §§ 19, 20 und 21 der Landtagswahlordnung neue allgemeine Wahlen ausgeschrieben und zu deren Vornahme folgende Tage festgesetzt: I. für die Wahlen der Abgeordneten der Landgemeinden in den durch die §§ 7 und 8 der Landtagswahlordnung bestimmten Wahlorten der 12. Dezember 1871; II. für die Wahlen der Abgeordneten der Städte und Märkte in den durch die §§ 3 und 4 der Landtagswahlordnung bestimmten Wahlorten, dann für die Wahl der Abgeordneten der Handels- und Gewerbekammer in Laibach der 14. Dezember 1871; III. für die Wahlen der Abgeordneten des großen Grundbesitzes in Laibach der 15. Dezember 1871. Die näheren Bestimmungen über die Stunde des Beginnes der Wahlhandlung und die dazu bestimmte Lokalität werden die den Wählern zu erfolgenden Legitimationskarten enthalten.

— (Militärveränderungen.) Zum Hauptmann 2. Klasse wurde ernannt der Oberleutnant Alois Negrelli Ritter v. Moldelbe des krain. Landwehr-Bataillons Laibach Nr. 23.

— (Verleihung.) Durch die Gnade Sr. Majestät ist dem aus Gottschee gebürtigen Amtsdienier J. Erker nach zurückgelegter 40jähriger pflichttreuer Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz verliehen und demselben von seinem Amtsvorstande, dem Herrn k. k. Bezirksrichter Gottfried Brunner, in Gegenwart sämmtlicher k. k. Beamten, der hochw. Geistlichkeit, des Gemeindevorstandes, des Forstpersonals, der k. k. Gendarmen und Finanzwache, sowie vieler anderen Honoratioren feierlichst übergeben worden.

— (Die nächste Föderalisten-Zusammenkunft) wird, wie aus Prag gemeldet wird,

vor dem Zusammentritt des Reichsrathes in Wien stattfinden. In selbst in sämmtlichen Hauptstädten der Kronländer, wo es Föderalisten gibt, sollen demonstrative Zusammenkünfte der föderalistischen Parteiführer veranstaltet werden, so z. B. in Laibach, Linz, Innsbruck, Görz.

— (Seltenes Ereigniß.) In Laufe des heutigen Vormittags sollte in der Pfarrkirche zu St. Peter eine Trauung stattfinden; das Brautpaar und die geladenen Gäste befanden sich in der Sakristei und schon sollte die kirchliche Handlung der Eheschließung vor sich gehen, als die Braut mit der Erklärung, nicht vor den Altar treten zu wollen, die Kirche verließ und nicht wieder kehrte. Der Schmerz ihres Vaters darüber, die Tochter von sich lassen zu müssen, soll sie bewogen haben, Hymens Rosenbanden zu entfliehen. — So erzählt man.

— (Ueber die Gründung der slovenischen Nationaldruckerei) in Laibach wird noch nachträglich gemeldet, daß an derselben sich einflußreiche Persönlichkeiten aus Krain, Südtirol, Görz und Triest theilnahmen. Der Obmann des bisherigen provisorischen Ausschusses, Herr Landes-hauptmann Dr. Razlag, präsidierte der konstituierenden Versammlung und theilte derselben mit, daß bis nun 184 Aktionäre beigetreten sind, welche 318 Aktien, d. h. 31.800 fl. repräsentiren. Die Statuten wurden analog denen des kroatischen Aktienvereines in Agram angenommen. Dr. Jarnik bestrich die Verfassung einer Druckerei-Filiale in Marburg, welchen Antrag die Versammlung genehmigte. Weiter wurde beschlossen, die Druckerei in Laibach zu errichten, die Nationaldruckerei in Marburg um die Summe von 26.000 fl. anzukaufen. Der „Slovenski narod“ wird sammt der Marburger Druckerei mit 1. Jänner 1872 übernommen und erscheint in Laibach so dann täglich. In den Verwaltungsausschuss wurden gewählt: Dr. Ahačič, Grafeli, Guttmann, Peter Rozler, Domprobst Dr. Pogacar, Dr. Razlag und Dr. Jarnik aus Laibach, Dr. Dominiksch, Dr. Radej, Rapoc, Pfarrer Trstenjak und Dr. Woschnagg, aus Untersteiermark, Großhändler Gorjup aus Triest, Landtagsabgeordneter Dr. Zigon aus Graz und Professor Einspieler aus Kärnten.

— (Der ärztliche Verein) hält am nächsten Samstag, d. i. am 2. Dezember, in seinem Musaealocale eine wissenschaftliche Versammlung ab. Programm: A. Innere Angelegenheiten. B. Wissenschaftliche Vorträge: 1. Sanitätsrath von Stöckl: Mittheilung aus der gerichtsarztlichen Praxis; 2. Direktor Kovac: Aus der Kinderpraxis; 3. Professor Valenta: Ueber eine interessante Zwillingsgeburt.

— („Slovenski Narod“) und „Slov. Gospodar“ fordern die slovenischen Abgeordneten des krain. görter und istrianer Landtages zur Nichtbescheidung des Reichsrathes auf, empfehlen einmüthiges Vorgehen mit allen anderen Föderalisten, namentlich mit den Czechen, ihren Stammverwandten, die schon so viele Jahre um ihre eigenen Rechte kämpfen, aber auch um die Rechte aller übrigen! Wenn ihre Abgeordneten mit ihnen einmüthig vorgehen, so werde das den czechischen Brüdern Trost und Hilfe bringen, und der Sieg werde dann um so früher und vollständiger kommen. Mit den Czechen werden auch sie triumphiren, ohne sie nimmermehr. Der „Slovenski Narod“ nimmt auch dem Ministerium Auerperg gegenüber schon Stellung. Auerperg habe seine Praxis unter Gistra genommen und das genüge, um ihn für das föderalistische Blatt in Mißkredit zu setzen. Auch jetzt werde sich der Bruder des gehafteten Karlos Auerperg in jenen Bahnen bewegen, welche Herbst und Gistra gewandelt sind. Dafür spreche der Umstand, daß „die nach Preußen gravitirende, allem Slavischen feindselige, längst kompromittirte deutsche Partei“ ihn zu flügen verspricht. Der Artikel schließt mit einer elegischen Betrachtung über das Geschlecht der Auerperge überhaupt, die im eilften Jahrhundert aus Schwaben nach Krain und Böhmen eingewandert, bis heute den Slaven fremd und schwäbisch geblieben seien, bestrebt, unter dem Deckmantel des Liberalismus für das Deutschtum Propaganda zu machen.

— (Nationale Gesinnung im Süd-
osten der Steiermark.) Hierüber schreibt man
der „Graz. Tgzt.“: „Slovensti narob“ berichte-
te, daß in der südlichen Steiermark die nationale
Partei tagtäglich anwuchs. Davon ist gerade das Ge-
gentheil richtig. Alle größeren Ortschaften in unserer
Nähe, z. B. Reichenberg, Drauzburg, W. Lands-
berg, St. Peter etc. sind entschieden deutsch gesinnt.
Hier in Mann bemüht sich die Advokaturkanzlei bereits
seit zehn Jahren, nationale Propaganda zu machen;
doch ganz vergeblich; denn vom Bezirkshauptmann an
bis zum letzten Anfaßer ist jedermann deutsch gesinnt,
man lebt wie in einem deutschen Orte, hört beinahe
nur deutsch sprechen. Die Verkehrssprache, auch der
slovenischen Propagandisten ist die deutsche. Auch die
Bauern der ärmlichsten Dörfer legen Werth auf die
deutsche Sprache und ergreifen jede Gelegenheit, um
ihre Kinder deutsch lernen zu lassen. So verhält es
sich in der südlichen Steiermark.

— (Theater.) Samstag wurde uns die alte und
sehr heitere französische Posse: „Der Vater der Debutantin“
nach langer Pause wieder einmal vorgeführt. Die ganze und
nicht geringe Komik, die diese Burleske besitzt, liegt in einer
einzigen Rolle, welche zugleich auch die unter allen übrigen
allein hervortretende genannt werden kann. Wenn wir daher
hinzufügen, daß dieselbe bei Dir. Walburg in den aller-
besten Händen war, so ist damit die heitere und launige
Stimmung des ganzen Abends auch genügend charakterisirt.
Die Unterführung, die Dir. Walburg's humorvolles Spiel
in allen übrigen Kräften, namentlich in Hrl. Conrad,
fand, war eine durchwegs gute, so konnte daher auch der
Erfolg kein anderer, als ein glänzender sein. Das Haus war
ziemlich gut besucht und spendete dem vortrefflichen „Wind-
müller“, nebst Hrl. Tochter „Anastasia“, verdienten Beifall.

Gefesendet.

Geehrte Redaktion:

Ich bitte eine verehrliche Redaktion um die ge-
fällige Aufnahme folgender Zeilen, resp. folgenden
Briefes:

Geehrte Redaktion! Anlässlich meiner Ernennung
zum Landesschulinspektor erster Klasse sind mir aus
Krain, besonders aus Laibach, nicht bloß aus Pro-
fessoren-, sondern auch aus anderen gebildeten Krei-
sen so viele Glückwünsche und Kundgebungen der
Freude zu Theil geworden, daß ich mich veranlaßt
sehe, zur Abstattung meines tiefgefühlten und wärm-
sten Dankes dafür diesen Weg zu betreten. Die
Beweise so warmer Theilnahme sind mir um so
werthvoller, als meine amtlichen Beziehungen zum
krainischen Landesschulrath bereits vor mehreren
Monaten gelöst worden sind und ich solche Kund-
gebungen auf rein sachliche Motive zurückführen
darf; sie reichen mir zu großer Befriedigung,
indem ich daraus wieder erkenne, daß meine dort
entwickelte Thätigkeit so vielfache Zustimmung von
Seite derjenigen gefunden, denen darüber ein kom-
petentes Urtheil zusteht.

Genehmige die geehrte Redaktion den Ausdruck
vollkommener Hochachtung, mit der sich zeichnet

Dr. M. Wretschko.

Graz, 25. November 1871

Witterung.

Laibach, 27. November.

Trübes, nachkaltes Wetter anhaltend. Kein Sonnen-
licht. Wärme: Morgens 6 Uhr + 0.4°, Nachm. 2 Uhr
+ 4.0° C. (1870 + 12.5°, 1869 + 8.3°) Barometer
im Steigen 731.14 Millimeter. Das vorgestrige Tagesmittel
der Wärme + 2.8°, um 0.2° über dem Normale, das
gestrige + 1.7°, um 0.8 unter demselben. Der gestrige
Niederschlag 4.00 Millimeter.

Verstorbene.

Am 25. November. N. N., ein unbekannter
Bettler, über 70 Jahre alt, ist in der Kapuzinervorstadt an
der Wienerstraße an der Entkräftung gestorben und nach
St. Christoph gebracht worden. — Herr Jakob Philipp Kan-
pen, Postoffizial, alt 85 Jahre, in der Stadt Nr. 132 an
Erschöpfung der Kräfte. — Maria Wegg, Brotverkäuferin,
alt 62 Jahre, in der St. Petersvorstadt Nr. 58 am Schlag-
anfall. — Johann Gimpel, Müllersohn, alt 26 Jahre, am
Kastellberge Nr. 57 an der Lungenwindsticht. — Dem
Georg Micheli, Hausmeister, sein Kind Franziska, alt 7
Tage, in der Stadt Nr. 180 am Kinnbackenkrampf.

Lottoziehung vom 25. November.

Triest: 61 78 75 26 74.

Wiener Börse vom 25. November

Staatsfonds.	Gold	Barre	Gold	Barre
Spec. Rente, 50 fl. Ban.	57 75	57 85	Deft. Hypoth.-Bank.	95. — 95 50
do. do. 50 fl. in Silber.	67 60	67 70	Prioritäts-Oblig.	
do. von 1854.	94. —	94 50	Städt. Obl. zu 500 fl.	111. — 111 75
do. von 1860, ganze	100 20	100 7	do. do. 6 p. Ct.	23. — 23 25
Loth von 1860, Präm.	115. —	115 25	Städt. Obl. zu 100 fl.	105 75 106 25
Prämienloos, v. 1864.	140 75	141 25	Städt. Obl. zu 200 fl.	91. — 90 25
Grundentl.-Obl.			Staatssch. pr. St. 1867	133 50 131. —
Steiermark zu 5 p. Ct.	10 10	92. —	Staatssch. pr. St. 1867	90 80 91 20
Kärnten, Krain			Staatssch. pr. St. 1867	91 50 100. —
u. Kärntenland 5	85 75	86. —	Staatssch. pr. St. 1867	
Angaria „ zu 5	79 75	81 25	Staatssch. pr. St. 1867	
Präm. u. Stab. 5	—	84. —	Staatssch. pr. St. 1867	
Stieberg. „ 5	5 51	57. —	Staatssch. pr. St. 1867	
Action.			Staatssch. pr. St. 1867	
Nationalbank „	813. —	815. —	Staatssch. pr. St. 1867	
Union-Bank „	208. —	207 50	Staatssch. pr. St. 1867	
Kreditanstalt „	307 10	307 50	Staatssch. pr. St. 1867	
A. S. Compt.-Obl.	96. —	97. —	Staatssch. pr. St. 1867	
Anglo-Osterr. Bank	278 10	280 10	Staatssch. pr. St. 1867	
Deft. Bodencred.-A.	262. —	263. —	Staatssch. pr. St. 1867	
Deft. Hypoth.-Bank	94. —	95. —	Staatssch. pr. St. 1867	
Steier. Compt.-Bl.	20. —	155. —	Staatssch. pr. St. 1867	
Franko-Austria	125 80	126 20	Staatssch. pr. St. 1867	
Kais. Ferd.-Nordb.	2135. —	2137. —	Staatssch. pr. St. 1867	
Stieberg. Oesterr.	100 80	101. —	Staatssch. pr. St. 1867	
Kais. Elisabeth-Bahn	144. —	146 50	Staatssch. pr. St. 1867	
Kais. Ludwig-Bahn	258. —	258 50	Staatssch. pr. St. 1867	
Stieberg. Eisenbahn	177. —	177 50	Staatssch. pr. St. 1867	
Staatssch.	3 25	303. —	Staatssch. pr. St. 1867	
Kais. Franz-Josephs.	217 50	218. —	Staatssch. pr. St. 1867	
Kais. Franz-Josephs.	177. —	177 50	Staatssch. pr. St. 1867	
Kais. Franz-Josephs.	185. —	185 50	Staatssch. pr. St. 1867	
Pfandbriefe.			Staatssch. pr. St. 1867	
Nation. 5.20. verlosb.	88 90	89 10	Staatssch. pr. St. 1867	
Ang. Ob.-Kreditakt.	88 75	89 25	Staatssch. pr. St. 1867	
Kais. Ob.-Kredit.	104 10	104 50	Staatssch. pr. St. 1867	
do. in 50 fl. Rente.	86 50	87. —	Staatssch. pr. St. 1867	

Telegraphischer Wechselkurs

vom 27. November.

Spec. Rente 50 fl. Pap. 58. —. — Spec. Rente
50 fl. Silber 68. —. — 1860 Staatsanlehen 101.20. —
Bankaktien 814. — Kreditaktien 311.80. — London 116.30
— Silber 115.75 — A. L. Münz-Dutaten 5.54. — Ra-
poleon'sch'or 9.25.

Angekommene Fremde.

Am 26. November.

Elefant. Achtsch. Tischler, und Gorjup, Kaufm., Graz.
Strauß, Gilt. — Sonnenberg, Gzafathurn. — Schatter,
Borarlberg. — Wegner, Bergbeamter, Köfisch. — Golob,
Schwarzenberg. — Braune, Kommiss, Pest.
Stadt Wien. Dr. v. Malfatti, k. l. Oberstabsarzt,
Graz. — Pang, Kaufm., und Unger, Wien. — Döwold,
Kaufm., Untertraun.

Gedenktafel

über die am 29. November 1871 stattfindenden
Visitationen.

3. Feilb., Blazische Real., Bründel, BG. Senofisch.
— 3. Feilb., Bezajische Real., Biße, BG. Laibach. —
3. Feilb., Primische Real., Großlupp, BG. Laibach. —
3. Feilb., Jugeische Real., Jursic, BG. Feistritz. — 3. Feilb.,
Kosmal'sche Real., Fernovce, BG. Egg. — 2. Feilb., Zu-
pan'sche Real., Oberfeld, BG. Krainburg.

Theater.

Heute: **Häusling und Margarethe.** Parodistische Ope-
rette (Kauf-Parodie) in 5 Bildern Aus dem Deutschen ins
Französische und aus dem Französischen ins Deutsche über-
setzt von Julius Jiztus. Musik vom Kapellmeister Julius
Hopp.

Bei **Josef Karinger**
Lager von Wollen-Garn
zum Stricken in vorzüglichster Qualität, ein- und mehrfar-
big, per Loth 10 bis 20 fr. Bei größerer Abnahme beden-
tend billiger. (535—6)

Empfehlung.

Im Gasthause „zur Sonne“ hinter der Mauer,
sind vorzügliche alte Weine, Bettauer Stadtberger vom
Jahre 1848, die Maß 80 fr., dann echte alte Biffeler
Weine, die Maß 40, 48, 64 fr. zu haben (558—3)
Daher bekommt man billiges Gabelfrühstück, sowie
die Mittagstisch im Abonnement, mit der Zusicherung
solider Bedienung. Um gütigen Zuspruch wird gebeten.

Erste außerordentliche Generalversammlung der krainischen Industrie-Gesellschaft

am 19. Dezember 1871

Abends 5 Uhr im Direktionsbureau der Gesellschaft.

(566—1)

Gegenstände der Verhandlung:

- Bericht des Verwaltungsrathes über die Durchführung des Beschlusses
der Generalversammlung vom 5. September 1869, betreffend den Ankauf von
Immobilien;
- Beschlussfassung über die im § 4, Alinea 2, der Gesellschaftsstatuten
vorgesehene Aktien-Emission;
- Antrag auf Erhöhung der Mitgliederzahl des Verwaltungsrathes.
- eventuelle Aenderung des § 23 der Statuten.

Die Herren Aktionäre, welche ihr Stimmrecht auszuüben beabsichtigen,
werden im Sinne des § 10 der Statuten ersucht, ihre Aktien bis 10. Dezember
bei der Gesellschaftskasse zu deponiren und die Legitimationskarten daselbst zu begeben.

Der Obmann des Verwaltungsrathes.